
11705/J XXIV. GP

Eingelangt am 16.05.2012

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Ing. Hofer, Kickl
und weiterer Abgeordneter
an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
betreffend Auswirkungen der Arbeitsmarktöffnung im Burgenland

Am 27.04.2012 war auf der Homepage des ORF Burgenland folgender Artikel zu lesen:

„SPÖ hat AMS-Chefin im Visier

Die SPÖ hat ihre Kritik an AMS-Geschäftsführerin Helene Sengstbratl erneuert. Die SPÖ spricht von einer Verharmlosung der Arbeitsmarktdaten und sieht eine alarmierende Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Die Zahlen, die das Arbeitsmarktservice (AMS) und die SPÖ vorliegen haben, sind die gleichen, die Interpretation ist eine andere.

Die SPÖ spricht von einer dramatischen Situation, gar von einem Austausch der inländischen Arbeitskräfte durch ausländische, meist ungarische [sic] sagte SPÖ-Klubobmann Christian Illedits am Freitag bei einer Pressekonferenz: „Die Zechen zahlen vor allem die älteren Arbeitnehmer.“ Man könne sich nur verwundert zeigen, wenn vom AMS und deren Landesgeschäftsführerin Daten unrichtig dargestellt werden.

SPÖ fordert „Schutzschirm“

Während die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer laut SPÖ rasant (um 2.625 Personen) seit Jahresbeginn gestiegen ist, ging die der inländischen Arbeitnehmer um 150 zurück.

Ein Arbeitsmarkt-Schutzschirm soll helfen. Einerseits fordert die SPÖ den Ausschluss von Unternehmen bei öffentlichen Vertragsvergaben, wenn ein Verstoß gegen das Lohn- und Sozialdumpinggesetz vorliegt. EU- Förderungen sollen bei Verstößen zurückgefordert werden können. Andererseits sollen vor allem ältere Arbeitnehmer stärker gefördert und geschützt werden. „Wir wollen, dass Betriebe Sanktionen riskieren, wenn sie sich nicht an die Spielregeln halten“, so Illedits.

Mehr Geld für Projekte

Landesgeschäftsführer Robert Hergovich fordert mehr Kontrollen etwa von Baustellen, um einen fairen Wettbewerb zu garantieren. Außerdem will die SPÖ vom Bund eine Million Euro für zusätzliche Arbeitsmarktprojekte.

Die meisten Ausländer, die im Burgenland arbeiten, kommen aus Ungarn. Insgesamt sind es etwas mehr als 10.500. Ende März gab es im Burgenland etwa 94.000 unselbstständig Beschäftigte.

Sengstbratl hält sich zurück

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

AMS-Chefin Helene Sengstbratl wollte sich heute zur Kritik an ihrer Person nicht äußern. Nur soviel: Ihr sei die inhaltliche Arbeit zur Vermittlung von Jobs wichtig. Für Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation im Burgenland, etwa von der Arbeiterkammer, habe sie stets ein offenes Ohr.

FPÖ: Rücknahme der Arbeitsmarktöffnung

Von der FPÖ, heißt es, dass das AMS die falsche Zielscheibe der Kritik sei. Die SPÖ habe sich trotz aller Warnungen stets für die Öffnung des Arbeitsmarktes ausgesprochen, wie FPÖ-Klubobmann Johann Tschürtz in einer Aussendung sagt. Die Freiheitlichen sind für eine Rücknahme dieser Arbeitsmarktöffnung.“

Am 30.04.2012 war auf der Homepage des ORF Burgenland folgender Artikel zu lesen:

„Bewerbungsrückzug von AMS-Chefin gefordert

Soziallandesrat Peter Rezar (SPÖ) hat am Montag die Landesgeschäftsführerin des Arbeitsmarktservice Burgenland (AMS), Helene Sengstbratl, aufgefordert, ihre Bewerbung für eine Verlängerung ihrer Tätigkeit zurückzuziehen.

Seit der Arbeitsmarktöffnung am 1. Mai 2011 sei die Zahl der neuen Arbeitsplätze im Land fast linear zu der Zahl der neu im Land tätigen ausländischen Beschäftigten gestiegen, erklärte Rezar. Dass offene Stellen nicht von burgenländischen Arbeitskräften besetzt wurden, dafür mache er das AMS bzw. Sengstbratl verantwortlich.

Rezar: Sengstbratl „nicht die richtige Person“

„Ich halte es deshalb [sic] am besten, Mag. Sengstbratl zieht ihre Bewerbung für die Landesgeschäftsführung des AMS Burgenland zurück. Sie ist nicht die richtige Person für diesen Job“, sagte Rezar am Montag bei einem Pressegespräch in Eisenstadt.

Die AMS-Chefin musste sich in den vergangenen Tagen schon öfters Kritik seitens der SPÖ gefallen lassen.“

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz nachstehende

ANFRAGE

1. Sind Ihnen bzw. Ihrem Ressort die im Artikel beschriebenen Vorgänge im Burgenland rund um die AMS-Geschäftsführerin Helene Sengstbratl bekannt?
2. Wenn ja, wie haben Sie bzw. Ihr Ressort darauf reagiert?
3. Ist Ihnen bzw. Ihrem Ressort bekannt, dass die SPÖ Burgenland von einer „Verharmlosung der Arbeitsmarktdaten“ und einer „alarmierenden Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt“ spricht?
4. Wenn ja, wie haben Sie bzw. Ihr Ressort darauf reagiert?
5. Ist Ihnen bzw. Ihrem Ressort bekannt, dass die SPÖ „von einer dramatischen Situation, gar von einem Austausch der inländischen Arbeitskräfte durch ausländische, meist ungarische“ spricht?
6. Wenn ja, wie haben Sie bzw. Ihr Ressort darauf reagiert?
7. Ist Ihnen bzw. Ihrem Ressort bekannt, dass laut SPÖ „die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer [...] rasant (um 2.625 Personen) seit Jahresbeginn gestiegen ist“, während „die der inländischen Arbeitnehmer um 150“ zurückgegangen ist?

8. Wenn ja, wie haben Sie bzw. Ihr Ressort darauf reagiert?
9. Ist Ihnen bzw. Ihrem Ressort bekannt, dass die SPÖ einen „Arbeitsmarkt-Schutzschirm“ fordert?
10. Wenn ja, wie haben Sie bzw. Ihr Ressort darauf reagiert?
11. Ist Ihnen bzw. Ihrem Ressort bekannt, dass die SPÖ Burgenland eine Million Euro für zusätzliche Arbeitsmarktprojekte vom Bund fordert?
12. Wenn ja, wie haben Sie bzw. Ihr Ressort darauf reagiert?